

29
78

Union in Deutschland

Bonn, den 17. August 1978

Steuerpaket verbessern

Das von der Bundesregierung vorgelegte Steuer- und Konjunkturprogramm reicht nicht aus, um die erhoffte Initialzündung zur Belebung der Konjunktur und damit zum Abbau der Arbeitslosigkeit zu bewirken, erklärte Helmut Kohl auf der ersten Sitzung des Präsidiums nach der Sommerpause. Die Union wird dafür sorgen, daß diese Vorlagen zügig im Bundestag und Bundesrat beraten und verbessert werden. Dazu werden entsprechende Vorlagen eingebracht werden.

Das Präsidium der CDU beriet außerdem die politische Arbeit für den Herbst. Die bevorstehenden Landtagswahlen in Hessen und Bayern erfordern den konzentrierten Einsatz der ganzen Union. Die CDU geht entschlossen, mit Zuversicht und guten Erfolgsaussichten in diese Wahlauseinandersetzung. In Hessen macht die CDU dem Bürger das Angebot einer freiheitlichen Politik, um nach jahrzehntelanger Herrschaft der SPD endlich eine liberale Politik für Hessen verwirklichen zu können. Das Präsidium der CDU sichert Alfred Dregger jede Unterstützung zu, um eine regierungsfähige Mehrheit der CDU in Hessen zu erkämpfen. Im Vordergrund der politischen und parlamentarischen Arbeit der Union werden die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, die Sicherung der Zukunfts-

Weiter auf Seite 2

■ FILBINGER

Präsidium würdigt die Leistungen von Hans Filbinger Seite 2

■ STEUERN

Sieben-Punkte-Katalog zur Regierungsvorlage Seite 5
Die Forderungen der Gemeinden Seite 7

■ KOALITION

Teilnahme an den kommunistischen Weltjugendfestspielen auf Kosten der Steuerzahler Seite 9

■ UMWELT

Mit schönen Worten sind die großen Probleme nicht zu bewältigen Seite 11

■ FDP

Austritte nicht verwunderlich Seite 12

■ ARBEITSLOSE

Gezielte Hilfe für Problemgruppen Seite 13

■ ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Neue Materialien Seite 14

■ DOKUMENTATION

Planvolle Deutschlandpolitik erfordert Katalog flexibler Gegenmaßnahmen grüner Teil

■ REGISTER

Für UID-Ausgaben 15 bis 27/28 1978 gelber Teil

Präsidium würdigt die Leistungen von Hans Filbinger

Das Präsidium würdigt die großen Leistungen des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Dr. Hans Filbinger, der sich um sein Land, um die Bundesrepublik Deutschland und um die Union hervorragende Verdienste erworben hat. In seiner zwölfjährigen Amtszeit als Ministerpräsident ist Baden-Württemberg zum Vorbild politischer und wirtschaftlicher Stabilität geworden. Die CDU hat Respekt vor der schweren Entscheidung ihres stellvertretenden Vorsitzenden, das Amt des Ministerpräsidenten niederzulegen. Sie begrüßt ausdrücklich, daß Hans Filbinger Landesvorsitzender und stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU bleibt.

Das Präsidium der CDU appelliert an alle politischen Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland, das Verständnis für die deutsche Geschichte zu stärken und so zum inneren Frieden beizutragen. Helmut Kohl erinnert an die Leistungen und an das Opfer aller, die im Krieg ihren Dienst erfüllt haben. Millionen deutscher Soldaten haben ihr Leben für ihr Vaterland gegeben. Niemand ist berechtigt, dieses Opfer in ein Zwielicht zu rücken. Der Dienst deutscher Soldaten darf nicht in einen durch nichts zu rechtfertigenden Zusammenhang mit den Verbrechen des NS-Regimes gebracht werden. Die CDU würdigt die großen Leistungen unserer Soldaten sowie die Leiden der Kriegserwitwen und ihrer Angehörigen.

(Fortsetzung von Seite 1)

chancen der jungen Generation, der Abbau der leistungshemmenden Besteuerung, die Energiepolitik und die Familienpolitik stehen. Helmut Kohl betont, daß die Union die Bundesregierung weiterhin zu jedem dieser drängenden Probleme mit konkreten Lösungsvorschlägen konfrontieren wird. Die von der inneren Zerrissenheit der SPD/FDP-Koalition bewirkte Untätigkeit und Unfähigkeit der Bundesregierung in den entscheidenden Fragen hat zu einem Stillstand der Politik geführt, der unserem Land schadet.

■ INFORMATION

Giftmüll: CDU/CSU verlangt Auskunft

Die anhaltenden Auseinandersetzungen um die Lagerung amerikanischer Giftabfälle in der hessischen Giftmülldeponie Herfa-Neurode hat die CDU/CSU veranlaßt, vom Bundesgesundheitsministerium Auskunft über Art und Gefährlichkeit des Giftstoffes zu verlangen. In einem Schreiben an Bundesgesundheitsministerin Antje Huber wies CDU/CSU-Fraktionsgeschäftsführer Philipp Jenninger auf das große Aufsehen hin, das diese Lagerung bei der Bevölkerung hervorgerufen habe. Das Ministe-

rium soll vor allem konkret sagen, um welchen Giftstoff es sich handelt, wie er reagiert, wenn er mit Wasser oder Luft in Berührung kommt, und wie hoch die tödliche Dosis bei Menschen und anderen Lebewesen ist. Ferner will die Opposition wissen, wie kontrolliert wird, daß es sich wirklich um den angegebenen Giftstoff handelt und nicht um einen vielleicht gefährlicheren, der teilweise mit abgepackt sein könnte.

Mit der Brantweinsteuer gegen den Alkoholismus

Der jugendpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Hermann Kroll-Schlüter, hält es für überlegenswert, angesichts von 200 000 Alkoholabhängigen in der Bundesrepublik zehn Prozent des bisherigen Aufkommens aus der Brantweinsteuer zweckgebunden für den Kampf gegen den Alkoholismus einzusetzen. Kroll-Schlüter regte an, diese Mittel nach dem Vorbild der Schweiz zum Zwecke der Vorbeugung, Behandlung und Forschung zu verwenden.

Friedensnobelpreis für Dissidenten der UdSSR

Die Mitglieder des außenpolitischen Arbeitskreises der Bundestagsfraktion wurden von ihrem Vorsitzenden Werner Marx gebeten, einer Initiative zuzustimmen, die beabsichtigt, das Komitee für die Verleihung des Friedensnobelpreises aufzufordern, diesen Preis den Dissidenten in der Sowjetunion zu verleihen. Obwohl — bedingt durch die Parlamentsferien — manche Abgeordnete nicht zu erreichen waren, traten spontan 59 Abgeordnete dieser Aktion bei. Marx teilte mit, daß er nunmehr die Abgeordneten der gesamten Fraktion

einladen wird, diese Initiative mitzutragen.

Er weist zugleich darauf hin, daß mit seinem Vorschlag nicht nur die bekannten Dissidenten wie Orlow, Ginzburg, Stransky und Petkus gemeint sind, sondern daß diese Namen für viele Hunderte politischer Gefangenen stehen, die wegen ihres tapferen Eintretens für die Menschenrechte und für die Vereinbarung der KSZE-Beschlüsse in der Sowjetunion in Gefängnissen und psychiatrischen Kliniken festgehalten und gequält werden.

Hilfe für kinderreiche Familien

Die Vorsitzende der Frauenvereinigung Helga Wex, MdB, hat sich dafür ausgesprochen, kinderreichen Familien den Erwerb von Wohnungseigentum künftig zu erleichtern. Kinderreiche Familien sollen das Recht erhalten, Abschreibungsmöglichkeiten für zwei Wohnobjekte auf ein Vorhaben zu konzentrieren. Unter Verzicht auf die erhöhte Abschreibung für ein zweites Objekt sollen sie wählen können, entweder 16 Jahre lang fünf Prozent oder aber acht Jahre lang zehn Prozent des Wertes abzuschreiben.

Abwägung von Grundordnung und Grundfreiheiten

Zur Veröffentlichung des Berichts der Kammer der EKD für öffentliche Verantwortung zur Frage der Beschäftigung von Verfassungsfeinden im öffentlichen Dienst erklärte Heiner Geißler: Das unmißverständliche Eintreten der Kammer für die Nichtzulassung von Verfassungsfeinden zum öffentlichen Dienst ist außerordentlich hilfreich. Zuzustimmen ist der Kammer gleichfalls, daß zwischen der Verteidigung der staatlichen Grundordnung und den Grundfrei-

heiten des einzelnen gegenüber dem Staat ein Spannungsverhältnis besteht, das sorgfältige Abwägung sowie ein rechtsstaatliches und in allen Bundesländern gleiches Verwaltungsverfahren auf gesetzlicher Grundlage erfordert. Die CDU wird die Anregungen der EKD zur Ausgestaltung und klaren Begrenzung der Überprüfungspraxis in ihre Überlegungen einbeziehen.

Verständigung in der Eigentumspolitik

Die Zusage des DGB-Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter zu einer Einladung der Bundestagsfraktion zu einem Gespräch über deren Entwurf eines Gesetzes zur Förderung freiwilliger betrieblicher Gewinn- und Kapitalbeteiligung begrüßte der eigentumspolitische Sprecher der Fraktion, Elmar Pieroth, MdB, und gab seiner Freude Ausdruck über das in Veters Schreiben ausgedrückte Bestreben, „möglicherweise zu einer gewissen Verständigung zu gelangen“. Für das Gespräch ist ein Termin bald nach der Sommerpause vorgesehen. Pieroth erklärte, entgegen gelegentlichen Befürchtungen von Gewerkschaftsseite sei in keiner Weise daran gedacht, die Position der Gewerkschaften durch die Arbeitnehmerbeteiligung in irgendeiner Beziehung zu schmälern.

Aufklärung über DDR-„Westarbeit“

Über das erschreckende Ausmaß der gegen den freien Teil Deutschlands gerichteten sog. Westarbeit der DDR forderte die Bundestagsfraktion von der Bundesregierung in einer Parlamentarischen Anfrage Aufklärung. Zu der Anfrage erklärte der Vorsitzende des Arbeitskreises Innen- und Rechtspolitik der Fraktion, Heinz Eyrich, die Bundes-

republik Deutschland sei durch die Tätigkeit organisierter Kommunisten ungleich stärker bedroht als ihre westlichen Nachbarn. Die mit Abstand stärkste kommunistische Partei unseres Landes wird vom Regime der DDR gesteuert und finanziert. Diese besondere Situation verlangt eine umfassende öffentliche Aufklärung über die Versuche des DDR-Regimes, mit Hilfe der DKP und ihrer zahlreichen Neben- und Hilfsorganisationen subversiv gegen die Bundesrepublik Deutschland zu arbeiten.

Verschärfung des Generationenkonflikts

Mit einer Großen Anfrage zur Situation älterer Menschen in der Bundesrepublik Deutschland hat sich die Bundestagsfraktion an die Bundesregierung gewandt. Darin begehrt die Opposition Auskunft über die materielle Absicherung, die Wohnverhältnisse und den Grad der Einbindung älterer Mitbürger in die Gesellschaft.

Bei der Veröffentlichung der Anfrage in Bonn warteten die Abgeordneten Bürger als familienpolitischer Sprecher der Fraktion und Gerhard Braun als Vorsitzender der Fraktionsarbeitsgruppe für ältere Menschen vor einer Verschärfung des Generationenkonflikts in der Bundesrepublik. Alte Menschen würden allzu leicht aus Nützlichkeitsabwägungen als Ballast für die arbeitende Bevölkerung abgetan.

Die Situation der älteren Menschen sei durch eine weitgehende Isolation in der Gesellschaft gekennzeichnet. Es stelle sich die Frage, ob sich die herkömmlichen Einrichtungen der Altenbetreuung bewährt hätten und ob der einzelne nicht mehr als bisher auf die Phase des Alters vorzubereiten sei.

■ STEUERN / KONJUNKTUR

Sieben-Punkte-Programm zur Regierungsvorlage

Die Finanz- und Steuerbeschlüsse der Bundesregierung haben in der deutschen Öffentlichkeit überwiegend ein zurückhaltendes, in der Einschätzung ihrer konjunktur- und arbeitsmarktpolitischen Wirkungen teilweise recht kritisches Echo gefunden. Sie sind offensichtlich mehr ein Versuch zur Belebung der Koalition als der Konjunktur, mehr zur Förderung der vom Wählerverlust betroffenen FDP als der Beschäftigung. Dies stellte der stellvertretende Parteivorsitzende, Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg, nach der Präsidiumssitzung in Bonn vor der Presse fest.

Einige Einzelpunkte des umfangreichen Paketes können aus der Sicht der Union positiv bewertet werden. Die geplante Beseitigung des Tarifsprungs in der Einkommensteuer und die Erhöhung des Kindergeldes entsprechen Forderungen, die wir seit Jahren vertreten. Schwerwiegende Mängel der Vorlagen sind, daß die konjunktur- und beschäftigungspolitisch vordringliche Senkung ertragsunabhängiger Steuern erst zum Januar 1980 geplant ist und keine Vorschläge zur Vereinfachung des Steuersystems gemacht wurden.

Damit würde die Steuer- und Finanzpolitik den im nächsten Jahr dringend notwendigen starken Impuls zur Verbesserung der Lage der Wirtschaft und des

Arbeitsmarktes nicht angemessen leisten. Das für 1979 angestrebte Wachstum des Bundeshaushalts fällt mit 8,4 Prozent zu hoch aus. So würde der Spielraum für steuerliche Entlastungen sehr eingeschränkt.

Bundestag und Bundesrat sind durch das Verfahren und die Terminplanung der Bundesregierung erneut unter einen gefährlichen Zeitdruck gesetzt. Die Fehler der vergangenen Jahre wiederholen sich: Zunächst lehnt die Bundesregierung steuerliche Maßnahmen ab. Erst im Sommer nimmt sie nach langem öffentlichen Drängen einen Kurswechsel vor, um dann kurzfristig Steuer- und Finanzvorlagen für den folgenden 1. Januar einzubringen.

Dieses bedenkliche Verfahren, das wir jetzt zum dritten Male erleben, verbaut die Chancen einer wirklich durchdachten langfristigen Reform und damit einer dringend notwendigen Vereinfachung des Steuersystems. Man kann eine überzeugende Steuerpolitik nicht in der Form des Krisenmanagements betreiben. Dies wiegt um so schwerer, weil vor allem mit der für 1980 geplanten Abschaffung der Lohnsummensteuer weitreichende Struktur- und Ausgleichsprobleme der gesamten Finanzwirtschaft von Bund, Ländern und Gemeinden verbunden sind, die nicht in kurzer Zeit befriedigend gelöst werden können.

Es ist ein schwerer Fehler der Bundes-

regierung, daß sie nicht rechtzeitig mit den Bundesländern und den kommunalen Spitzenverbänden über diese Fragen gesprochen hat. Die daraus erwachsenden Schwierigkeiten muß sie politisch allein vertreten.

Die Union wird in der Behandlung der Finanz- und Steuervorlagen folgende grundsätzliche Positionen einnehmen:

① Die angekündigten Vorschläge der Bundesregierung werden in zwei Gesetzgebungsverfahren zu behandeln sein.

Zum 1. Januar 1979 sollte die Neuregelung der Einkommensteuer und über die Regierungsvorlage hinaus eine Senkung der ertragsunabhängigen Steuern erfolgen. Ohne Zeitdruck muß in Verbindung mit der von uns grundsätzlich bejahten Abschaffung der Lohnsummensteuer die Neuregelung der Steuerverteilung und die Entscheidung über eine eventuelle Erhöhung der Mehrwertsteuer vorgenommen werden.

② Wir sind für die Beseitigung des Tarifsprungs und die Erhöhung von Freibeträgen bei der Einkommensteuer. Es wird zu prüfen sein, ob die Vorschläge der Bundesregierung hier im einzelnen noch verbessert werden können.

③ Wir werden beantragen, zum 1. Januar 1979 eine Senkung bei den ertragsunabhängigen Steuern vorzunehmen. Es gibt gute Argumente dafür, beispielsweise die Gewerbekapitalsteuer zu diesem Zeitpunkt abzuschaffen.

Der für alle Gemeinden entstehende Steuerausfall von rund 2 Milliarden DM könnte durch eine Erhöhung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer von 14 auf 15 Prozent bzw. eine Senkung der Gewerbesteuerumlage, die sie an Bund und Länder abführen, ausgeglichen werden, ohne daß sich Verzer-

rungen in der kommunalen Finanzkraft ergeben.

④ Wir legen besonders Wert auf die von Bundesrat und der CDU/CSU im Bundestag seit langem geforderte Erhöhung der Investitionszulagen für die Zonengrenz- und Fördergebiete von 7,5 Prozent auf 10 Prozent zum 1. Januar 1979. Der Bundesrat hat wiederholt in seinen Beschlüssen die Korrektur der 1973 vorgenommenen Kürzung beantragt.

⑤ Die Lohnsummensteuer sollte ab 1980 abgeschafft werden. Falls die Ausgleichsprobleme für die besonders betroffenen großen Städte kurzfristig zu schwierig werden, muß geprüft werden, ob eine Beseitigung in zwei Stufen sinnvoll ist.

⑥ Die familienpolitischen Initiativen der Bundesregierung reichen noch nicht aus. Wir beurteilen die von uns seit langem geforderte Erhöhung des Kindergeldes und die Verbesserung des Mutterschutzgesetzes grundsätzlich positiv. Wir behalten uns vor, im Gesetzgebungsverfahren zusätzliche Anträge zu stellen. In diesem Zusammenhang ist an den Beschluß des Bundesrates für die Wiedereinführung von Kinderfreibeträgen im Einkommensteuerrecht zu erinnern.

⑦ Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer kann als Beitrag zur Steuerharmonisierung in der Europäischen Gemeinschaft nur im Zusammenhang mit weitergehenden Steuerentlastungen in Betracht kommen.

Vordringlich sind nach unserer Auffassung erste wirksame Schritte zur Vereinfachung des Steuersystems. Wir behalten uns nach den Versäumnissen der zuständigen Bundesregierung eigene Initiativen vor. In Frage kommen neben der Beseitigung der Gewerbekapital-

steuer u. a. die Grunderwerbsteuer und die Kraftfahrzeugsteuer.

Die erforderlichen steuerpolitischen Entscheidungen werden nicht allein genügen, einen sich selbst tragenden wirtschaftlichen Aufschwung und eine grundlegende Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt zu erreichen. Die auf dem Arbeitsmarkt erzielten Bemühungen um den Abbau investitionshemmender Vorschriften müssen von der Bundesregierung nachdrücklich wieder aufgenommen werden.

Dazu gehört auch die Abstimmung der energiewirtschaftlichen Investitionen mit den Umweltschutzvorschriften. Neue Beitragserhöhungen, z. B. bei der Arbeitslosenversicherung, können für den Fall einer weiterhin unbefriedigenden wirtschaftlichen Entwicklung die Wirkungen der Steuerentlastung weitgehend zunichte machen.

Besondere Risiken erwachsen aus der gefährlichen Währungssituation. Die Beschlüsse des Bonner Währungsgipfels haben zu keiner Beruhigung geführt. Die Lage hat sich im Gegenteil in den letzten Wochen weiter verschlechtert.

Die Absicht der Bundesregierung, gemeinsam mit anderen Mitgliedsstaaten

der Europäischen Gemeinschaft zum 1. Januar 1979 eine Zone der Währungsstabilität zu schaffen, wirft schwerwiegende Probleme auf. Ein Währungsverbund mit einem Reservefonds, der grobenteils aus Währungsreserven der Bundesbank finanziert werden soll, verspricht nach den Rückschlägen der letzten Jahre nur Erfolg, wenn es zu einer wirksamen Koordinierung der Konjunkturpolitik kommt.

Auch andere wichtige Fragen sind ungeklärt: Wie sollen Änderungen der Leitkurse innerhalb des Verbundes erfolgen? Gibt es eine Verpflichtung für die Beteiligten, bei höheren Inflationsraten eine Anpassung vorzunehmen? Soll der Europäische Währungsfonds nur ein Abrechnungspool sein oder eigene Investitionsrechte erhalten? Wer verwaltet ihn? Wie ist das Verhältnis des geplanten Reservefonds zu den Ziehungsrechten des internationalen Währungsfonds? Hier sind gegenüber dem nur in Umrissen bekannten vorläufigen Konzept substantielle Klarstellungen und Verbesserungen erforderlich. Falls die offenen Fragen nicht in den nächsten Monaten befriedigend geregelt werden können, muß der Terminplan geändert werden.

Die Forderungen der Gemeinden

Im Interesse der Gemeinden ist eine Steuerpolitik geboten, die Leistungen und Investitionen für die Zukunft belohnt und nicht behindert, weil dadurch allein dauerhaft Wirtschaftskraft, Arbeitsplätze und Finanzausstattung von Bund, Ländern und Gemeinden gesichert werden, stellte Horst Waffenschmidt, Bundesvorsitzender der Kommunal-

politischen Vereinigung, zur aktuellen Steuerdiskussion vor der Presse in Bonn fest.

Die Gemeinden müssen in vielfältiger Weise die negativen Folgen der gesamtwirtschaftlichen Situation tragen. Anhaltende hohe Arbeitslosigkeit und eine restriktive Rentenpolitik belasten die Gemeinden nachhaltig. Steuernsen-

kungen dürfen nicht erneut schwerpunktmäßig zu Lasten der Gemeinden erfolgen.

Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung werden aufgefordert, steuerrechtliche Maßnahmen mit einem aufgabengerechten finanziellen Ausgleich für die Gemeinden zu verbinden. Dabei geht es nicht nur um den Ausgleich des Einnahmeausfalls durch Fortfall der Lohnsummensteuer. Geschieht dies nicht, so wird sich die Talfahrt der kommunalen Investitionen fortsetzen und damit auch private Investitionen behindern, deren Voraussetzung kommunale Investitionen sind.

Die Steuerbeschlüsse der Bundesregierung belasten die Gemeinden mit Einnahmeverlusten beziehungsweise Mehrausgaben von rund 7 Milliarden Mark jährlich. Das sind im einzelnen:

— Einnahmeausfall durch Tarifreform über 14 Prozent Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und über die Einbußen bei den Finanzausgleichsgesetzen der Länder = rund 3 Milliarden Mark.

— Erhöhung der Freibeträge bei der Gewerbeertragsteuer und Abbau der Lohnsummensteuer = rund 3,5 Milliarden Mark.

— Erhöhung der Mehrwertsteuer, Belastung der Gemeinden nach Abzug der Mehreinnahmen über Finanzausgleichsgesetze der Länder = rund 400 Millionen Mark.

Zu diesen Auswirkungen der Steuerbeschlüsse der Bundesregierung kommt der Umstand, daß die Gemeinden noch rund 3 Milliarden Mark jährliche Belastung aus den Steuerbeschlüssen des Jahres 1977 zu verkraften haben. Ferner wird die neue Rentengesetzgebung die Gemeinden bei der Sozialhilfe in den nächsten 3 Jahren mit zusammen 5 bis 6 Milliarden Mark zusätzlich belasten.

Um die Finanzausstattung der Gemeinden mittelfristig zu sichern, ist eine Kombination folgender Maßnahmen notwendig:

① Die Anhebung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer von jetzt 14 Prozent auf 15 Prozent ab 1. Januar 1979. Mehreinnahme für die Gemeinden rund 1,3 Milliarden Mark jährlich.

② Die weitere Anhebung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer auf 16 Prozent ab 1. Januar 1980. Mehreinnahme für die Gemeinden rund 1,3 Milliarden Mark jährlich.

③ Steuerausfälle im Gewerbesteuerbereich müssen soweit wie möglich durch Senkung der Gewerbesteuerumlage ausgeglichen werden, die die Gemeinden an Bund und Länder zu zahlen haben. Damit ist eine eindeutige Zielsetzung angegeben.

Da die Bundesregierung bei ihren Vorstellungen im Gewerbesteuerbereich von einer Kombination Abbau der Lohnsummensteuer, Anhebung der übrigen Gewerbesteuer in diesen Gemeinden auf Bundesdurchschnitt und Anhebung der Freibeträge bei der Gewerbeertragsteuer ausgeht, kann die Höhe der Umlagesenkung bei Realisierung dieser Vorschläge zur Zeit noch nicht genau angegeben werden. Die Bundesregierung muß hier umgehend Klarheit über ihr Konzept schaffen.

④ Mehrbelastungen der Gemeinden, die durch die vorgenannten Maßnahmen nicht ausgeglichen werden, müssen durch die Finanzausgleichsgesetze der Länder ausgeglichen werden.

⑤ Die Länder werden aufgefordert, in ihren Finanzausgleichsgesetzen für 1979 den Anteil der allgemeinen Finanzmittel für die Gemeinden gegenüber den Zweckzuweisungen anzuheben.

■ KOALITION

Auf Kosten der Steuerzahler

Egon Bahr hatte der Jungen Union, dem RCDS und dem Bund der Deutschen Katholischen Jugend vorgeworfen: Auseinandersetzungen mit Kommunisten bestehe man nicht durch Kneifen. Das Argument, daß solche Feste Gelegenheit zu kritischer Auseinandersetzung mit Kommunisten bieten würden, überzeugt nicht, erklärte MdB Michael Glos. Es ist hinlänglich bekannt, daß die weltweit tätigen Frontorganisationen der Kommunisten bestrebt sind, auch nichtkommunistische Gruppen für kommunistische Teil- und Nahziele zu gewinnen. Die Realität der 11. Weltjugendfestspiele hat bewiesen, daß diese Bedenken der CDU/CSU berechtigt waren.

Die organisierte und vom deutschen Steuerzahler finanziell unterstützte Teilnahme demokratischer Jugendgruppen aus der Bundesrepublik erhöhte den Propagandawert der Veranstaltungen und wertete diese unangemessen auf. Die Auswahl der Themen, die während der Festspiele behandelt wurden, war ebenfalls bezeichnend: Der Imperialismus der westlichen Welt und dabei vor allem die Rolle des amerikanischen Geheimdienstes sowie Kubas internationalistische Politik zugunsten der terroristischen „Befreiungsbewegungen“ standen im Mittelpunkt der farbenprächtigen Polit-Show. Kommentare kritischen Inhalts oder gar humanistische Forderungen an die Adresse Fidel Castros, der nach eigenen Angaben 3 000 politi-

sche Gegner inhaftiert hält; kamen im offiziellen Programm nicht zum Zuge.

Die demokratische Gruppe der bundesdeutschen Delegation konnte sich kaum in den eigenen Reihen gegenüber den kommunistischen Delegationsteilnehmern durchsetzen. So ließen — laut Berichten — die Marxisten die Demokraten bei einer Diskussion mit der Palästinenserorganisation PLO aus dem Saal weisen.

Die Bilanz der 11. Weltjugendfestspiele zeigt, daß die bundesdeutschen Jugendgruppen dem kommunistisch gesteuerten Festival lediglich den entsprechenden demokratischen Anstrich geben sollten. Es ist deshalb nach wie vor ein Skandal, daß diese Feigenblattfunktion mit Geldern des deutschen Steuerzahlers unterstützt wird.

Das verwaltete Chaos

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion brachte eine Kleine Anfrage zur „Förderung politischer Bildungsarbeit durch die Bundesregierung“ ein. Als Begründung erklärte MdB Gerd Langguth, mangelnde Koordination innerhalb der Bundesregierung habe zu höchst unterschiedlichen Vergaberichtlinien einzelner Ministerien geführt, wodurch die Arbeit freier Träger sehr erschwert werde. Die Förderung der politischen Bildungsarbeit durch die Bundesregierung sei infolge einer mangelnden Gesamtkonzeption bestenfalls als ein „verwaltetes Chaos“ zu bezeichnen. Darüber hinaus soll die Kleine Anfrage ein klares Bekenntnis der SPD/FDP-geführten Bundesregierung zur Arbeit der freien Träger bewirken, da gerade aus Aussagen führender sozialdemokratischer Politiker ersichtlich ist, daß die Rolle freier Träger in der Sozialdemokratie höchst umstritten ist.

SPD-Schaumschlägerei

Zur Veröffentlichung des Aktionsprogramms der SPD zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit erklärt der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Jugendpolitik der CDU, Hermann Kroll-Schlüter, MdB, die Vorlage eines solchen Aktionsprogramms sei das Eingeständnis der führenden Bonner Regierungspartei, daß sie sich der Auseinandersetzung mit der von ihr selbst am Arbeitsmarkt und im Bildungswesen geschaffenen Wirklichkeit nicht länger entziehen könne.

Die CDU bedauere es im Interesse der Zukunft der jungen Generation, daß der SPD im fünften Jahr einer bundesweiten Jugendarbeitslosigkeit nicht mehr einfallende als die Auflistung seit Jahren bekannter Analysen und von Einzelmaßnahmen, die sie als Bonner Regierungspartei längst hätte verwirklichen können. „Es ist an Peinlichkeit kaum zu übertreffen, wenn das zuständige Vorstandsmitglied der SPD zu den wenigen großflächigen Maßnahmen des Programms wie der Absenkung der Eingangsstufe zum höheren Dienst von A 13 auf A 12 oder der Einführung einer Arbeitsmarktabgabe aller Erwerbstätigen keinen Hinweis zu geben vermag, ob und wann eine entsprechende Gesetzgebungsinitiative der SPD-geführten Bundesregierung oder auch nur der SPD-Bundestagsfraktion zu erwarten sei“, erklärte Kroll-Schlüter.

1 600 hessische Schüler auf Mainzer Gymnasien

Ein komplettes und nicht gerade kleines Gymnasium könnte inzwischen mit hessischen Schülern gefüllt werden, die täglich die Rheinbrücken passieren, um in Mainz auf rheinland-pfälzischem Boden eine solidere Schulbildung zu ge-

nießen als im sozialistisch regierten Hessen. Nach Zählungen des rheinland-pfälzischen Kultusministeriums beträgt die Zahl der hessischen Schüler an Mainzer Gymnasien inzwischen 1 600.

Auch Anhänger der SPD lehnten Koop-Schule ab

Das Volksbegehren gegen die kooperative Schule in NRW ist auch von etlichen SPD- und FDP-Anhängern unterstützt worden. Eine jetzt vom Frankfurter Institut „Basisforschung“ veröffentlichte Umfrage ergab, daß 20 Prozent der Befragten sich zur SPD und 7 Prozent zur FDP bekannten. 67 Prozent bezeichneten sich als CDU-Anhänger.

Streit um FDP-Kurs in Hamburg

Bei der Hamburger FDP hat jetzt zwei Monate nach der schweren Wahlniederlage vom 4. Juni die offene Auseinandersetzung um die Führung und damit auch den zukünftigen Kurs der Partei begonnen. Während sich die Parteivorsitzende und Bundestagsabgeordnete Helga Schuchardt im fernen Bali von den Strapazen und Enttäuschungen der Vergangenheit erholt, kündigte der frühere Bausenator Rolf Bialas an, er werde auf dem Landesparteitag Ende Oktober für das Amt des Landesvorsitzenden kandidieren. Auch Helga Schuchardt — so jedenfalls der Stand vor ihrer Reise — wird sich zur Wahl stellen. Gleich nach der Niederlage bei den Bürgerschaftswahlen, bei denen die FDP von 10,9 Prozent auf weniger als 5 Prozent abrutschte und damit aus dem Parlament ausscheiden mußte, hatte Bialas scharfe Kritik am bisherigen Kurs geübt. Die Partei dürfe nicht länger links von der SPD Stellung beziehen und müsse sich wieder zwischen CDU und Sozialdemokraten ansiedeln.

■ UMWELTSCHUTZ

Mit schönen Worten sind die großen Probleme nicht zu lösen

„Ein Planet wird geplündert“: Mit diesem Titel hatte Herbert Gruhl bekanntlich ein Buch geschrieben, das zum Bestseller wurde. Jeder, der Gruhl kennt, wird ihm glauben, daß er es mit einer wichtigen Sache ernst meint: Wie schaffen wir es, die Umwelt durch unsere materiellen Wünsche nicht immer mehr zu belasten? Wie können wir das Gleichgewicht der Kräfte der Natur wiederherstellen?

Richard von Weizsäcker, MdB und stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, erklärte dazu: Wir haben ja erst allmählich gelernt, daß wir mit unseren erstaunlichen technischen und wirtschaftlichen Fortschritten auch gefährliche Nebenwirkungen ausgelöst haben, die die Natur gefährden. Die Vorreiter der Umweltpolitik, zu denen Gruhl zweifellos gehört, hatten und haben es bei der Wirtschaft und den Gewerkschaften, bei der Bürokratie, den Parlamenten und Parteien nicht leicht. Um so wichtiger ist ihre mahnende Stimme.

Ihr Anliegen ernst zu nehmen, heißt, weder die Fragen zu überhören, die sich hier zu Wort melden, noch aus Opportunismus voreilige Zugeständnisse zu machen, nur um lästige Wettbewerber loszuwerden. Vielmehr geht es darum, sich kritisch damit auseinanderzusetzen.

Leider wird dies durch die Gründung der „Grünen Aktion Zukunft“ (GAZ) im Sinne des Umweltschutzes nicht erleichtert. In ihrem Programm erklärt sich diese Organisation von H. Gruhl der Verantwortung für künftige Generationen verpflichtet. Das ist gut. Aber wie es konkret zu erreichen ist, erfährt man nicht.

Jeder Mensch hat Anspruch auf eine sinnvolle Tätigkeit, so heißt es in einer der Programmziffern. In einer anderen wird festgestellt: Die Kernenergie ist überflüssig. Damit wird wahrlich kein ernstzunehmender Beitrag für die Lösung des Konfliktes geliefert, der zwischen unserer Verpflichtung für Vollbeschäftigung zu Hause und für Energieversorgung der Entwicklungsländer einerseits und dem berechtigten Wunsch nach geringerem Energieverbrauch andererseits besteht.

„Alles muß einfacher werden: der Mensch, die Verwaltung, die Technik, der Verkehr.“ Oder an anderer Stelle: „Das Ziel ist eine angstfreie und selbständige Persönlichkeit.“

Mit solch schönen Sentenzen lösen wir die großen Probleme unseres technischen Zeitalters nicht. Die Auseinandersetzung um die Sache des Umweltschutzes gehört nicht ins Abseits unpolitischer Träume, sondern in den harten politischen Alltag.

Vor allem aber ist es ein bedauerlicher Irrtum zu glauben, daß es dem Umwelt-

schutz nütze, wenn man ihn isoliert, ein besonderes politisches Programm auf ihm aufbaut und ihn den Volksparteien und großen Verbänden überhaupt streitig macht.

Auf diesem Weg wird aus dem Umweltschutz auf die Dauer eine Mischung unproduktiver Protesthaltungen und elitärer Programmatik. Es geht gerade nicht um eine isolierende Umweltpolitik, sondern darum, Vollbeschäftigung, Leistungen für die Entwicklungsländer, Verkehrsfragen und Siedlungspolitik im Einklang mit dem Schutz der Umwelt zu

lösen. Nur wer alle diese Fragen in ihrem Zusammenhang aufgreift, handelt verantwortlich.

Die Umwelt ist also ein entscheidender Aspekt unserer Politik, der allzu oft zu kurz kommt. Wir müssen das tiefsitzende Unbehagen ernst nehmen, das sich deshalb verbreitet hat. Aber eine besondere Umweltpartei, die ihr Thema aus dem politischen Gesamtzusammenhang herausdestilliert, anstatt es zum Bestandteil des Denkens und Handelns von uns allen zu machen, schadet damit ihrem eigenen Ziel.

FDP-Austritte nicht verwunderlich

FDP-Bundesgeschäftsführer Verheugen hat eine selbstkritische Bestandsaufnahme herausgegeben, in der er darauf hinweist, daß die FDP zwischen 1969 und 1976 insgesamt 30 000 Mitglieder verloren hat. In den Jahren 1975 und 1976 war die Abwanderungsquote mit 8 500 Austritten weitaus höher als zu Beginn der SPD/FDP-Regierungscoalition. Dazu stellte Alfred Dregger u. a. fest:

1. Dieser Massenexodus der FDP ist nicht verwunderlich. Er hängt mit der einseitigen Linksfestlegung der Partei zusammen. Eine Partei wie die FDP, die in Hessen vor der Landtagswahl des 8. Oktober erklärt, sie habe nach dem Desaster von Hamburg und Niedersachsen keinen Spielraum mehr für koalitionspolitische Experimente, zeigt ihre Handlungsunfähigkeit. Eine manövrierunfähige Partei, deren Politik aber nur von kurzfristigen Überlebensinteressen bestimmt ist und die kein liberales Profil mehr hat, ist für Liberale unattraktiv.
2. Eine Partei wie die FDP, die ihre Schlüsselrolle als kleinste Partei im

parlamentarischen Dreiparteiensystem nicht mehr dazu nutzt, als liberales Korrektiv allzulange an der Macht befindliche Parteien abzulösen, sondern wie in Hessen auch nach 33jähriger unaufhörlicher sozialistischer Vorherrschaft die verbrauchte Regierungspartei stützt, schafft Verdruß bei Liberalen. Denn gerade liberale Bürger sind für die Notwendigkeit des Wechsels nach allzulanger Machtausübung sensibilisiert. Purer Machtopportunismus hat keine Anziehungskraft.

3. Eine Partei, deren Juniorenorganisation — die Jungdemokraten — sich mit ihren kollektivistischen und teilweise systemverändernden Vorstellungen kaum von den Jungsozialisten unterscheidet, macht Liberalen keine Hoffnung auf die Rückgewinnung des liberalen Profils.
4. Verheugen hat selbst davon gesprochen, daß „Cliquenwirtschaft“ und „Pöstchenjägerei“ häufige Austrittsgründe sind. Hessen ist dafür ein markantes Beispiel.

■ ARBEITSLOSE

Union bereitet Programm vor: Gezielte Hilfe für Problemgruppen

Ende Mai 1978 gab es 912 997 Arbeitslose. Eine Zahl — eine Meldung! Zu den ersten Ergebnissen aus der Erhebung der Struktur der Arbeitslosen von Ende Mai 1978 nimmt der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der Bundestagsfraktion, Adolf Müller-Remscheid wie folgt Stellung:

Viel zuwenig wird in der Öffentlichkeit beachtet, daß der 31. Mai gleichzeitig der Stichtag für die Strukturuntersuchung der Arbeitslosen ist. Der nächste Stichtag ist dann wieder der 30. September. Rund vier Monate nach dem Stichtag werden die ausführlichen Ergebnisse bekanntgegeben. Die ausführlichen Ergebnisse von Ende Mai 1978 werden somit Ende September von der Bundesanstalt veröffentlicht.

Vorab die ersten Zwischenergebnisse der Strukturuntersuchung von Ende Mai 1978:

Die Zahl der Arbeitslosen, die bereits ein Jahr und länger arbeitslos waren, erhöhte sich gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um 31 600 oder 18,4 Prozent auf 202 900.

Ende Mai 1978 waren 118 300 Erwerbspersonen, die 55 Jahre und älter waren, arbeitslos. Das sind 7 200 oder 6,5 Prozent mehr als ein Jahr zuvor.

Ende Mai 1978 gab es 263 200 Arbeitslose mit gesundheitlichen Einschränkungen, 26 200 oder 11,1 Prozent mehr als bei der letzten Strukturuntersuchung.

Der Anteil der Arbeitslosen mit gesundheitlichen Einschränkungen an der Gesamtarbeitslosenzahl beträgt jetzt 28,8 Prozent, nach 26,8 Prozent Ende September 1977 und 25 Prozent Ende Mai 1977.

55,5 Prozent (oder 507 100) Arbeitslose hatten Ende Mai 1978 keine abgeschlossene Berufsausbildung, Ende Mai 1977 betrug der Anteil 54,3 Prozent. Damit stieg der Anteil der ungelerten/angelerten Kräfte unter den Arbeitslosen.

18,4 Prozent oder 168 300 der Arbeitslosen waren zuvor Angestellte mit gehobener Tätigkeit.

Die ersten Ergebnisse der Strukturuntersuchung zeigen deutlich, daß für die Problemgruppen unter den Arbeitslosen gezielt Maßnahmen eingeleitet werden müssen.

Dazu gehören auch Maßnahmen für Schwerbehinderte, jugendliche Arbeitslose, instabil Beschäftigte, arbeitslose Teilzeitkräfte, contergangeschädigte Jugendliche und arbeitslose Frauen.

Die Union wird noch im Herbst ihr Programm der gezielten Hilfen für die Problemgruppen vorlegen.

Die Erweiterung des arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums ist wichtig, um zumindest den Status quo zu erhalten. Die Union weist ausdrücklich darauf hin, daß ohne eine florierende Wirtschaft die Arbeitslosigkeit in ihrer Gesamtheit nicht beseitigt werden kann.

■ ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Neu im Angebot:

Politisches Programm



der
Europäischen
Volkspartei

CDU
sicher
sozial
und frei

Das „Politische Programm der Europäischen Volkspartei“ liegt inzwischen gedruckt vor. Die Abbildung zeigt die Titelseite der insgesamt 32 Seiten umfassenden Broschüre.

Angesichts der bevorstehenden Europawahlen ist das EVP-Programm eine besonders wichtige Arbeitsunterlage für alle CDU-Verbände.

Mindestabnahme: 100 Exemplare

Preis: 36,— DM pro 100 Exemplare

Bestell-Nr.: 3885



CDU-Ideenbuch

CDU

Mitglieder und Verbände der CDU haben in den letzten Jahren ihre Aktivitäten vervielfacht. Mit beispielloser Phantasie entstanden Ideen, Initiativen und Aktionen.

Unter der Bezeichnung „Woche der CDU, eine Volkspartei stellt sich vor“, wurden wahre CDU-Festivals mit bunten Programmen von der Politik, über Kinderfeste bis zur Altenbetreuung durchgeführt. Fazit: Sympathien und Zusage für die Volkspartei CDU.

Für Aktionen am Ort, für das Wohl der Bürger wirbt auch das CDU-Ideenbuch. Die Ideen müssen vom Leser, je nach örtlichen Voraussetzungen, ergänzt, gekürzt oder angepaßt werden.

Dieses Regiebuch unterscheidet sich von seinen Vorgängern. Elf Regiebücher geben Anleitungen für praktische Parteilarbeit mit konkreten Aufgabenstel-

lungen in den CDU-Verbänden; Mitgliederwerbung, Wahlkampf, Pressearbeit usw. Das CDU-Ideenbuch will dagegen anregen. Der Leser soll den Inhalt der Aktivitäten im Verband selber erfinden. Die Beispiele des Buches wollen dabei seinen Erfindungsgeist mobilisieren.

Mindestabnahme: 25 Exemplare
Preis: 12,50 DM pro 25 Exemplare

Bestell-Nr.: 4802

Regiebuch 1:

Mitgliederwerbung

Mindestabnahme: 25 Exemplare
Preis: 12,50 DM pro 25 Exemplare

Bestell-Nr.: 4094

Regiebuch 2:

Neubürgerbetreuung

Mindestabnahme: 25 Exemplare
Preis: 12,50 DM pro 25 Exemplare

Bestell-Nr.: 4095

Regiebuch 3:

Mitgliederinitiativen

Mindestabnahme: 25 Exemplare
Preis: 25,— DM pro 25 Exemplare

Bestell-Nr.: 4140

Regiebuch 4:

Wahlkampf

Mindestabnahme: 25 Exemplare
Preis: 25,— DM pro 25 Exemplare

Bestell-Nr.: 4177

Regiebuch 5:

Kommunalwahlkampf

Mindestabnahme: 25 Exemplare

Preis: 17,25 DM pro 25 Exemplare

Bestell-Nr.: 4320

Regiebuch 6:

Pressearbeit

Mindestabnahme: 25 Exemplare
Preis: 10,25 DM pro 25 Exemplare

Bestell-Nr.: 4369

Regiebuch 7:

Vorpolitischer Raum

Mindestabnahme: 25 Exemplare
Preis: 12,50 DM pro 25 Exemplare

Bestell-Nr.: 4395

Regiebuch 8:

Großstadtarbeit

Mindestabnahme: 25 Exemplare
Preis: 12,50 DM pro 25 Exemplare

Bestell-Nr.: 4473

Regiebuch 9:

Öffentliche Veranstaltungen

Mindestabnahme: 25 Exemplare
Preis: 12,50 DM pro 25 Exemplare

Bestell-Nr.: 4495

Regiebuch 10:

CDU-Zeitung

Mindestabnahme: 25 Exemplare
Preis: 37,50 DM pro 25 Exemplare

Bestell-Nr.: 4800

Regiebuch 11:

Kritisches Fernsehen

Mindestabnahme: 25 Exemplare
Preis: 12,50 DM pro 25 Exemplare

Bestell-Nr.: 4801

Bestellungen an das IS-Versandzentrum, 4830 Gütersloh 1, Postfach 66 66, Telex 9 33 753 iserv d. Alle Preise verstehen sich inkl. Verpackungs- und Frachtkosten zuzügl. Mehrwertsteuer. Eilzustellungen müssen gesondert berechnet werden.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 DX
GEBÜHR BEZAHLT

■ TERMINE

19. 8. *BV Südbaden,
Bezirksparteiausschuß*
- 23./24. 8. *LV Westfalen-Lippe,
Kreisgeschäftsführertagung,
Gütersloh*
26. 8. *LV Westfalen-Lippe,
Mittelstandsvereinigung,
Landestagung, Bochum*
28. 8. *LV Rheinland-Pfalz,
Landesvorstand, Mainz*
28. 8. **EAK d. CDU/CSU — Bund,**
*Zielgruppengespräch mit Pfarrern,
Presbytern und kirchlichen
Mitarbeitern, Eblingen*
1. 9. **KPV d. CDU/CSU — Bund,**
*Bundesvorstand und
Hauptausschuß, Bonn*
2. 9. *LV Westfalen-Lippe,
Landesparteitag, Olsberg*
2. 9. *LV Hessen, Landesparteitag,
Kriftel*
2. 9. *LV Rheinland-Pfalz,
Frauenvereinigung, Landestag,
Mainz*
2. 9. *LV Schleswig-Holstein,
Landesvorstand, Kiel*
2. 9. *LV Schleswig-Holstein,
Klausurtagung des
Landesvorstandes, der
Landtagsabgeordneten,*

- Kreisvorsitzenden und
Kreisgeschäftsführer, Kiel*
4. 9. **Union der Vertriebenen und
Flüchtlinge — Bund, Vorstand,**
Nürnberg
4. 9. **CDU — Bund, Präsidium,**
St. Augustin
4. 9. *LV Baden-Württemberg, Präsidium
und Landesvorstand, Stuttgart*
4. 9. *LV Saar, Landesvorstand,
Saarbrücken*
5. 9. *LV Rheinland,
Kreisgeschäftsführerkonferenz,
Köln*
5. 9. *LV Rheinland-Pfalz,
Landesparteiausschuß, Mainz*
6. 9. *LV Berlin, Landesvorstand, Berlin*
8. 9. *LV Rheinland, Landesvorstand,
Köln*
- 8./9. 9. **CDU — Bund, Sozialausschüsse,**
Bundesvorstand
9. 9. *LV Baden-Württemberg,
Landesparteitag, Forst/Bruchs.*
9. 9. *LV Schleswig-Holstein,
Landesvorstand, Kiel*
9. 9. *LV Schleswig-Holstein,
Sozialausschüsse,
Landesausschuß, Bad Bramstedt*
11. 9. *LV Saar, Landesvorstand,
Saarbrücken*
11. 9. *CDU Niedersachsen,
Landesvorstand, Hannover*
12. 9. **CDU — Bund,**
Erweiterter Bundesvorstand, Bonn

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (0 22 21) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (0 22 21) 22 10 81. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Gerhard Braun. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. **Abonnementspreis** vierteljährlich 9,— DM. **Einzelpreis** 0,75 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UdD